

Von Monroe zu Donroe

Die Lateinamerika-Strategie der Trump-Regierung



Foto: © Agencia EFE, Imago.

Auf einen Blick

Mit „Shield of the Americas“ startete die Trump-Regierung eine Initiative, die auf Kooperation mit ideologisch nahen lateinamerikanischen Regierungen setzt und multilaterale Foren umgeht. Im Zentrum steht der militärische Kampf gegen Drogenkartelle. Die USA bieten Ausbildung und Unterstützung für Streitkräfte ausgewählter Partner an und propagieren militärische Mittel als zentrales Instrument gegen Drogenhandel und Migration.

Die Nationale Sicherheitsstrategie 2025 priorisiert die westliche Hemisphäre und formuliert mit der „Trump-Corollary“ eine machtpolitische Neuaufgabe der Monroe-Doktrin – inklusive stärkerer militärischer Präsenz und Handelsdiplomatie.

Befreundete Staaten sollen eingebunden und belohnt, andere Länder von enger Zusammenarbeit mit China abgehalten werden, insbesondere beim Zugang zu strategischer Infrastruktur und sicherheitsrelevanten Anlagen.

Die Politik wird von Donald Trumps außenpolitischem Team mit großer Lateinamerika-Erfahrung getragen; eine Schlüsselrolle spielt Marco Rubio.

Kritik gilt der Überbetonung militärischer Lösungen, der Ausblendung struktureller Probleme und dem Risiko wachsender US-Ablehnung in einer bislang vergleichsweise friedlichen Region.



Dr. Hardy Ostry ist Leiter des Auslandsbüros Washington, D.C. der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Schutzschild der Gleichgesinnten

Was die Nationale Sicherheitsstrategie beschreibt, wurde im März 2026 auf Donald Trumps Golfplatz in Doral, Florida, in die Tat umgesetzt: die neue Sicherheitsinitiative „Shield of the Americas“ (Schutzschild Amerikas). Sie ist ein Kernstück der neuen Lateinamerika-Politik der Trump-Regierung. Zum Auftakttreffen kamen Vertreter von 17 Ländern, überwiegend konservative Staats- und Regierungschefs lateinamerikanischer Staaten, die Trump ideologisch nahestehen. Es war das erste multilaterale Treffen mit Vertretern aus der Region, der laut Nationaler Sicherheitsstrategie eine zentrale Rolle für die Verteidigung der USA zukommt. Etablierte Plattformen wie die Organization of American States oder der Summit of the Americas waren nicht eingebunden. Wenngleich die USA und die Staaten Lateinamerikas durchweg auch durch intensive Handelsbeziehungen, insbesondere zwischen den USA und Mexiko, verbunden sind, dominierte ein anderes, nicht weniger relevantes Thema das Treffen in Florida.

Im Mittelpunkt der Initiative steht der Kampf gegen Drogenkartelle. Dafür wurde bei dem Treffen in Florida eine Erklärung zu einer „Americas Counter Cartel Coalition“ unterzeichnet, eine Verpflichtung der 17 Länder, mit „harter Macht gegen diese Gefahr für Sicherheit und Zivilisation“ vorzugehen.¹ Dafür bieten die USA an, die Streitkräfte der Partnerländer auszubilden und zu ertüchtigen. Laut Präsident Trump hilft im Kampf gegen Drogenschmuggel nur der Einsatz des Militärs. Viele der anwesenden Politiker teilen die Einschätzung, das Problem sei nur mit hartem Durchgreifen zu beseitigen.

Zu den Teilnehmern gehörten die Präsidenten Javier Milei von Argentinien, Nayib Bukele von El Salvador und Daniel Noboa von Ecuador. Sie

setzen auf eine enge Kooperation mit Trump: So halfen die USA Milei kurz vor den parlamentarischen Zwischenwahlen im Oktober 2025 mit einem milliardenschweren Hilfspaket, wobei es sich um einen Währungsstützungskauf handelte. Darüber hinaus stellte Finanzminister Bessent ebenso in Aussicht, einen argentinischen Regierungsfonds in gleicher Höhe von 20 Milliarden US-Dollar zu kaufen, der allerdings auf Privatanleger abzielte.² Bukele startete einen „Krieg gegen Gangs“ und erklärte sich bereit, ausgewiesene Flüchtlinge aus den USA aufzunehmen, was ihm das Wohlwollen des US-Präsidenten einbrachte. Trump, Milei, Bukele und Noboa nutzten für ihre Wahlerfolge ähnliche Taktiken: Sie vertreten einen antielitären Populismus, fokussieren sich auf innere Sicherheit, wobei sie diese im Zweifel über Institutionen und Bürgerrechte stellen, und nutzen soziale Medien für eine direkte Kommunikation mit ihrer Anhängerschaft. Neu in der Runde war Nasry Asfura, der kürzlich gewählte Präsident von Honduras. Er konnte knapp gewinnen, nachdem sich Trump ausdrücklich für seine Kandidatur eingesetzt hatte. Auch Noboa hatte im Wahlkampf auf Nähe zu Trump gesetzt. Ob dieser Faktor bei seiner Wiederwahl entscheidend war, lässt sich kaum verifizieren. Beobachter sehen Noboas Wahlerfolg aber zumindest teilweise hierin begründet.³

Für Trump ist das „Shield of the Americas“ eine Koalition der Willigen, die seine Lösungsansätze unterstützen, um Migrationsbewegungen und Drogenschmuggel einzudämmen. Es ist fraglich, ob diese Initiative auch grundlegende Probleme wie schwache Institutionen, Korruption oder mangelnde Rechtsstaatlichkeit angehen will. Eine zentrale Schwäche ist, dass wichtige lateinamerikanische Staaten wie Brasilien, Mexiko oder Kolumbien bislang nicht eingebunden sind.

Die Nationale Sicherheitsstrategie

Die jüngste Nationale Sicherheitsstrategie der USA wurde im November 2025 veröffentlicht.⁴ Sie fasst die „America First“-Strategie des Präsidenten zusammen und wendet sie auf die verschiedenen Weltregionen an. Ein Kernanliegen ist die volle Kontrolle der eigenen Grenzen und der Einwanderung in die USA.

Die neue Sicherheitsstrategie priorisiert die westliche Hemisphäre und definiert Migration, Kartelle und den Einfluss Chinas als Bedrohung.

Die Strategie des Präsidenten blieb innerhalb der USA nicht folgenlos – mit Blick auf diejenigen, die ihn 2024 mit ins Amt gebracht hatten. Gut 46 Prozent der in den USA lebenden Latinos hatten Trump gewählt. Wurden eine stärkere Grenzkontrolle und Absicherung derselben von vielen zu Beginn noch mitgetragen, sanken die Zustimmungswerte in dieser Wählergruppe jedoch dramatisch zum Sommer 2025, insbesondere vor dem Hintergrund der als meist übergriffig wahrgenommenen Razzien und Kontrollen durch die US Immigration and Customs Enforcement (ICE); und dies mit drastischen Folgen: Mehr als die Hälfte (52 Prozent) der in den USA lebenden Latinos hätten demnach – ungeachtet ihres tatsächlichen Aufenthaltsstatus – Angst vor einer Deportation gehabt. Insofern wundert es nicht, dass Trump gerade bei dieser Wählergruppe erheblich an Boden verloren hat, den die Demokraten ihrerseits durch eine umso deutlichere Verurteilung der Trumpschen Migrationspolitik für sich gutmachen wollen.⁵

Unter der Frage „Was wollen wir von der Welt?“ steht die westliche Hemisphäre an erster Stelle. Sie soll stabil und so gut verwaltet sein, dass eine Masseneinwanderung in die USA von hier aus nicht mehr möglich ist. Die entsprechenden Regierungen sollen mit den USA gegen

„Drogen-Terroristen“⁶, Kartelle und international agierende kriminelle Vereinigungen kooperieren. Feindlich gesinnte Akteure sollen aus der Hemisphäre ferngehalten und Lieferketten aufrechterhalten werden. Die USA sollen Zugang zu strategischen Orten in der Region behalten oder bekommen.

Aus Sicht der US-Regierung ist das eine Fortschreibung der Monroe-Doktrin, die sogenannte „Trump-Corollary“. Sie sei eine „vernünftige und wirkungsvolle Erneuerung“ von Macht und Prioritäten der USA. Es gehe darum, in der westlichen Hemisphäre Migration zu kontrollieren, Drogenhandel zu stoppen und Stabilität zu sichern. Dazu werden die Länder in zwei Gruppen eingeteilt, die zwei Maximen entsprechen: *enlist* (beteiligen, verpflichten) und *expand* (erweitern).

Unter dem Stichwort *enlist* geht es darum, befreundete Länder einzubinden, sie zu belohnen und zu ermuntern, wenn sie sich den US-amerikanischen Zielen anschließen. Das „Shield of the Americas“ baut auf dieser Gruppe auf.

Unter dem Schlagwort *expand* will man die weiteren Länder in der Region ansprechen. Sie sollen erkennen, dass die USA als Partner die erste Wahl sind, und dafür weniger mit anderen Akteuren kooperieren. Das ist eindeutig gegen China gerichtet, dessen Einfluss in der Region in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen ist. Der Einfluss solcher „anderer Akteure“ soll minimiert werden, vor allem, wenn es um die Kontrolle von Militäreinrichtungen, Häfen und Infrastruktur geht – „strategische Assets, umfassend definiert“.

Im Mittelpunkt der „Trump-Corollary“ steht die militärische Präsenz der USA. Sie solle in der westlichen Hemisphäre gestärkt werden, auf Kosten anderer Weltregionen, deren Bedeutung für die nationale Sicherheit gesunken sei. Küstenwache und Marine sollten Schifffahrtswege kontrollieren, vor allem auch gegen illegale Migration und Drogenschmuggel. Das Militär solle auch gegen Drogenkartelle eingesetzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Strategie ist die Handelsdiplomatie: Um die eigene Wirtschaft zu



Sanktionen als Belastungsprobe: Die Proteste vor der kubanischen Botschaft in Washington im April 2026 zeigen, dass Teile der Zivilgesellschaft Widerstand gegen Trumps forcierte Energieblockade leisten. Während der politische Druck auf die kubanische Regierung steigt, trägt die Zivilbevölkerung die Hauptlast der daraus resultierenden Versorgungskrise. Foto: © Matrix Images, Imago.

stärken, seien Zölle und Handelsvereinbarungen notwendig. Die Region solle als Absatzmarkt für US-amerikanische Unternehmen weiter ausgebaut werden. Dies würde voraussetzen, dass US-Diplomaten die Attraktivität US-amerikanischer Güter, Dienstleistungen und Technologien gegenüber jenen anderer Staaten klar kommunizieren.

Schon nach wenigen Monaten zeigt sich, dass das reale Handeln der Trump-Regierung nicht immer der Strategie folgt: So heißt es, man wolle einen „flexiblen Realismus“, der gute Beziehungen zu anderen Ländern anstrebe, ohne ihnen demokratischen oder sozialen Wandel aufzuerlegen. Man stehe für Souveränität und wolle andere Länder ermutigen, für ihre Interessen einzustehen – eine Abkehr vom Konzept „Nation Building“, das

eine wichtige Rolle in den Kriegen im Irak und in Afghanistan spielte und von Trumps MAGA-Bewegung abgelehnt wird. Allerdings wird diese Ablehnung brüchig, wenn es um direkte Interessen der USA geht: So hat sich Präsident Trump bereits in mehrere Wahlen in Lateinamerika eingemischt, entweder mit Wahlempfehlungen, Geldgeschenken⁷ oder Drohungen.

Trumps „Donroe-Doktrin“ verschiebt die Monroe-Logik zu machtpolitischer Kontrolle und Einflussnahme in Lateinamerika.

Wendepunkt oder Fortschreibung?

Seit dem 19. Jahrhundert haben die USA versucht, ihr Verhältnis zu ihren südlichen Nachbarn, zu ihrem „Hinterhof“, zu definieren. Dabei schwankten sie immer zwischen eigener Macht und guter Nachbarschaft. Die neue Nationale Sicherheitsstrategie schwenkt eindeutig zurück zu „Macht“, angetrieben von offensichtlich innenpolitischen Motiven: Migration, Drogenhandel und Absatzmärkten für US-amerikanische Produkte. Hinzu kommt der Wille, den chinesischen Einfluss zurückzuweisen, der besonders handelspolitisch in den vergangenen Jahren enorm gestiegen ist. Wie stark China bereits in der Region verwurzelt ist, analysiert eine Studie des Auslandsbüros Washington, D.C. der Konrad-Adenauer-Stiftung von 2025.⁸ Sie zeigt, dass China über Handelsbeziehungen hinaus auf kulturellen, politischen und diplomatischen Einfluss setzt und sich auch sicherheitspolitisch engagiert – alles Bereiche, die traditionell zur US-amerikanischen Einflusssphäre gehören.

Als historischen Referenzrahmen nutzt die Strategie, wie bereits erwähnt, die Monroe-Doktrin, von Präsident Trump selbst zur „Donroe-Doktrin“ fortentwickelt und in der Nationalen Sicherheitsstrategie offiziell mit dem Begriff „Trump-Corollary“ versehen. Präsident James Monroe hatte seine Doktrin 1823 verkündet, um europäische Kolonialmächte aus der westlichen Hemisphäre fernzuhalten und die Einflusssphären der USA und der Europäer zu trennen. Erheblich erweitert wurde die Doktrin 1904 von Präsident Theodore Roosevelt, der die „Roosevelt-Corollary“ hinzufügte, mit der sich die USA das Recht nahmen, in innere Angelegenheiten lateinamerikanischer Staaten einzugreifen, wenn es für die Stabilität der Region notwendig sei. Diese *Corollary* ist das eigentliche Vorbild der „Trump-Corollary“.

Die USA griffen wiederholt in der Region ein: Sie besetzten zeitweise die Dominikanische Republik, Kuba, Nicaragua und Haiti. Sie halfen Panama bei der Unabhängigkeit von Kolumbien und nahmen die Kanalzone in Besitz. Militärische Einsätze gab es regelmäßig, in den

1980er-Jahren beispielsweise die Interventionen in Grenada und Panama. Präsident Franklin D. Roosevelt war eine Ausnahme, als er 1933 die Politik der guten Nachbarschaft verkündete, die sich gegen Einmischung und Militärbesetzungen aussprach.

Wenn die neue Nationale Sicherheitsstrategie von einer „Vernachlässigung“ der Region spricht, bezieht sich das am ehesten auf die Jahre seit 2000. Auch die Präsidenten George W. Bush und Barack Obama hatten Pläne und Strategien für Lateinamerika, allerdings zogen der 11. September 2001 und seine Folgen sowie das wirtschaftliche Erstarken Asiens die außenpolitische Aufmerksamkeit auf sich. Zu Beginn dieses Jahres zeigte der Krieg gegen den Iran, dass auch die Trump-Regierung nicht davor bewahrt ist, ihren Fokus wieder auf andere Weltregionen zu lenken.

Besonders das langwierige Engagement der USA im Nahen Osten führte zu einer Kriegsmüdigkeit der US-Amerikaner. Trump reagierte darauf mit dem Versprechen, sich wieder auf „America First“ zu konzentrieren. Lateinamerika ist hierfür ein wichtiger außenpolitischer Baustein, denn die Region ist mit zwei innenpolitischen Problemen der USA eng verknüpft: dem Drogenschmuggel, der die Drogenepidemie in den USA befeuert, und der illegalen Migration, die von Trump und seiner MAGA-Bewegung als großes Problem für den Wohlstand der USA angesehen wird.

Dabei zählt die Drogenproblematik in den USA zu den bittersten und tödlichsten Entwicklungen des Landes: Im Jahr 2023 starben nach statistischen Angaben bis zu 107.000 Menschen im Land an den Folgen des Drogenkonsums. Gerade die US-mexikanische Grenze gilt dabei als ein bislang bevorzugter Umschlagplatz für das günstigere und hochwirksame Opioid Fentanyl, das 50-mal tödlicher ist als Heroin.⁹ Gerade die 3.000 Kilometer lange Grenze zwischen den USA und Mexiko dient daher als Umschlagplatz für Drogenkartelle, denen Trump den Kampf angesagt hatte. Die Hinwendung zur eigenen Hemisphäre bedient gleich mehrere Lager der Trump-Koalition: die Einwanderungsgegner, repräsentiert von dem einflussreichen

Trump-Berater Stephen Miller; die Anhänger eines maskulinen, kämpfenden Militärs, vertreten von Verteidigungsminister Pete Hegseth¹⁰; die Vertreter einer dominanzorientierten Außenpolitik, repräsentiert von Außenminister Marco Rubio. Trump kann hier sein „America First“-Versprechen besser einhalten als in anderen Weltregionen. Steve Bannon, Vordenker der MAGA-Bewegung, sagte dazu, dies sei der Basis besser zu verkaufen als „das Zeug im Nahen Osten“.¹¹

Die Frage bleibt, ob diese neue Strategie für Lateinamerika die Beziehungen der USA zu ihren Nachbarn nachhaltig verbessern kann. Kritiker bemängeln vor allem die Fokussierung auf militärische Lösungen für Probleme, die eher gesellschaftlich oder polizeilich zu lösen sind. So schrieb Rosemary Kelanic vom Thinktank Defense Priorities, das neugefundene Interesse an Lateinamerika sei „unnötig, kontraproduktiv und könnte Chaos wie im Nahen Osten auslösen“.¹² Militärisch gesehen sei die Region außergewöhnlich friedlich, es habe kaum zwischenstaatliche kriegerische Konflikte gegeben. Ein erhöhtes militärisches Engagement der USA könne diese Ruhe gefährden. Der Einsatz von Militär gegen Drogenschmuggler sei ähnlich problematisch wie derjenige von Militär im globalen Krieg gegen Terror, der die USA in Konflikten gebunden habe, die keine militärische Lösung gekannt hätten. Die Frage, die sie und andere Verteidigungsexperten stellen, lautet folgendermaßen: Warum zusätzliche Aufmerksamkeit und Mittel in einer Region einsetzen, die man ohnehin schon dominiert?

Auch das kategorische Vorgehen gegen „andere Akteure“ – gemeint ist China – könnte eine gegenteilige Wirkung haben. Die lateinamerikanischen Staaten sind auf ausländische Investitionen angewiesen. Es sei ein gefährliches Spiel, Länder zu zwingen, sich zwischen den USA und China zu entscheiden, warnte Monica de Bolle vom Thinktank Peterson Institute for International Economics (PIIE).¹³ Der chinesische Einfluss auf Investitionen in Infrastruktur und Märkte sei bereits erheblich. Der Versuch, China aus der Region herauszudrängen, könne schließlich

die politische und wirtschaftliche Stabilität der Region gefährden. Andererseits drängt neben den USA – teilweise verschärft und bedingt durch deren Handelspolitik – die EU verstärkt auf den Kontinent und bietet sich auch als Alternative an. Mit dem Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens entsteht eine der größten Freihandelszonen der Welt, die mittel- bis langfristig auch zu Verschiebungen in der Handelspolitik sowie gegebenenfalls ebenso zur Verringerung der Abhängigkeit mancher Länder von China führen könnte. Die EU hat hier die Chance, sich in dieser Position als ein valider, mitunter auch komplementärer handels- und wirtschaftspolitischer Partner zu entwickeln.

Personen beeinflussen Politik

Wenn man das außenpolitische Team betrachtet, das sich Trump in seiner zweiten Amtszeit aufgebaut hat, fällt eine große Lateinamerika-Kompetenz auf. Marco Rubio ist der erste latinostämmige Außenminister der USA. Sein Stellvertreter Christopher Landau war einmal Botschafter in Mexiko. UN-Botschafter Mike Waltz hatte sich als Kongressmitglied ausgiebig mit der Region beschäftigt. Der Direktor des CSIS-Amerika-Programms, Ryan Berg, spricht von der „ersten Lateinamerika-zentrierten Regierung seit mindestens einem Jahrhundert“.¹⁴

Für Marco Rubio steht der Umgang mit Lateinamerika im Mittelpunkt seines politischen Engagements.

Im Mittelpunkt steht Rubio, nicht nur Außenminister, sondern auch amtierender Nationaler Sicherheitsberater. Seine Machtfülle ist formell vergleichbar mit der Henry Kissingers, mit der Einschränkung, dass Trump gerne auf Verhandler von außerhalb des Regierungsapparates setzt, vor allem auf Steve Witkoff und Jared Kushner. Rubio ist dennoch an allen wesentlichen außenpolitischen Entscheidungen der Trump-Regierung beteiligt, ohne übermäßig im Rampenlicht

zu stehen oder mit scharfen Statements die öffentliche Debatte anzuheizen. Das überlässt er dem Präsidenten Trump oder dem Vizepräsidenten JD Vance. Rubio verhält sich „gleichzeitig skrupellos und chamäleonhaft“¹⁵.

Rubio hatte sich in seinen Jahren als Senator ein Image als außenpolitischer Falke erarbeitet. Nun setzt er eine Außenpolitik um, die viele seiner persönlichen Ziele beinhaltet, sich aber von der neokonservativen Ära George W. Bushs unterscheidet. Es geht nicht mehr darum, autokratische Regime zu stürzen, um der Demokratie zum Sieg zu verhelfen. Es geht um Macht, Einfluss, um „Regime-Wohlverhalten statt Regime-Wechsel, eine Doktrin des Zerstörens und des Deals“¹⁶. Damit soll die Brücke geschlagen werden zwi-

schen Trumps Versprechen, die USA nicht in unendliche Kriege zu führen, und dem Versuch, US-Interessen weltweit durchzusetzen.

Für Rubio steht der Umgang mit Lateinamerika im Mittelpunkt seines politischen Engagements. Das hat persönliche Gründe – seine Eltern stammen aus Kuba – und wahltaktische Gründe – konservative Latinos gehörten zu seiner Kernwählerschaft, als er Florida im Senat vertrat.

Diese Verbindung gab Rubio schon zu Trumps erster Amtszeit Einfluss auf die Außenpolitik, damals noch als Senator – denn Trump wusste, dass er die Stimmen konservativer Latinos in Florida brauchte, um seine Wiederwahl zu sichern.



An der Seite Mileis: Donald Trump unterstützt den Präsidenten und bewahrt Argentinien mit einem 20-Milliarden-Dollar-Deal vor einer schweren Währungskrise. Foto: © UPI Photo, Imago.

Rubios Einfluss ging so weit, dass er schon damals als „Außenminister für Lateinamerika“ bezeichnet wurde.¹⁷ Sein Kerninteresse damals wie heute: eine harte Politik gegen die sozialistischen Diktaturen in Venezuela, Nicaragua und Kuba. Kritiker bemängelten seinerzeit, dieser Einfluss habe die Strategie verzerrt und zu einer „Besessenheit“ mit diesen drei Diktaturen geführt, durch die der Rest der Region zunehmend ignoriert worden sei.¹⁸

Schon 2019 äußerte sich Rubio zur Lage in Venezuela und sprach sich dafür aus, Präsident Nicolás Maduro aus dem Amt zu entfernen. Wandel in Venezuela würde die politische Spitze von Kuba schwächen – eines der zentralen politischen Ziele Rubios.¹⁹ Seine damaligen Vorhersagen haben sich zu einem gewissen Punkt bewahrt: Das US-amerikanische Vorgehen gegen Maduro und die De-facto-US-Kontrolle der venezolanischen Ölexporte haben das kubanische Regime erheblich geschwächt. Präsident Trump denkt daher bereits laut darüber nach, auch in Kuba die Kontrolle zu übernehmen.²⁰

Fazit

Das Verhältnis der USA zu Lateinamerika ist von einem ständigen Wandel geprägt: Mal gab es einen Fokus auf gute Nachbarschaft, mal eine klare Machtpolitik. Die Trump-Regierung ist klar an Macht, Einfluss und Geschäften interessiert. Hauptantrieb sind innenpolitische Themen: Einwanderung, Drogenschmuggel, Exportförderung. Was fehlt, ist eine breit aufgestellte Politik, die es schaffen könnte, die Interessen aller beteiligten Länder zu berücksichtigen und eine nachhaltige Entwicklung des Raumes zu befördern.

Die Gefahr ist, dass eine zu harte Politik für die Region wie in der Vergangenheit zu einer breiten Ablehnung der USA führt. Diese Gefahr besteht vor allem, wenn die von Trump offen geförderten rechtskonservativen Regierungen ihren Bürgern nicht den Frieden und die Prosperität liefern können, die sie versprochen haben. Wichtige entwicklungspolitische Instrumente wie USAID oder Demokratieprogramme wurden zudem von der Trump-Regierung erheblich

eingeschränkt und stehen somit für eine multidimensionalere Politik in der Hemisphäre kaum noch zur Verfügung.

Aus deutscher und europäischer Perspektive könnten sich daraus auch neue Chancen und Möglichkeiten ergeben, nicht nur in handels- und wirtschaftspolitischer Hinsicht die Verbindungen nach Lateinamerika zu stärken, sondern auch im politischen Dialog die Zusammenarbeit auf eine breitere Grundlage zu stellen.

- 1 Trump, Donald J. 2026: Commitment to Countering Cartel Criminal Activity, The White House, 07.03.2026, in: <https://ogy.de/n599> [14.04.2026].
- 2 de Bolle, Monica 2025: Will Argentina become Trump's financial quagmire?, Peterson Institute for International Economics (PIIE), 16.10.2025, in: <https://ogy.de/cbck> [11.05.2026]
- 3 Aspinwall, Nick 2025: Ecuador Sticks with Trump-Friendly President, Foreign Policy, 16.04.2025, in: <https://ogy.de/ivr1> [11.05.2026].
- 4 The White House 2025: National Security Strategy of the United States of America, 11/2025, in: <https://ogy.de/y8cf> [14.04.2026].
- 5 Im, Carolyne / Noé-Bustamante, Luis 2025: Majorities of Latinos Disapprove of Trump and His Policies on Immigration, Economy, Pew Research Center, 24.11.2025, in: <https://ogy.de/0u6g> [11.05.2026].
- 6 The White House 2025: Designating Cartels And Other Organizations As Foreign Terrorist Organizations And Specially Designated Global Terrorists, 20.01.2025, in: <https://ogy.de/p63v> [12.05.2026].
- 7 Kanno-Youngs, Zolan / Rappeport, Alan 2025: Trump Dangles \$20 Billion Lifeline for Argentina, With Strings Attached, The New York Times, 14.10.2025, in: <https://ogy.de/m14r> [12.05.2026].
- 8 Johnston, Karin L. 2025: China, Latin America, and the United States. Geopolitical Impacts and New Challenges, Konrad-Adenauer-Stiftung, 17.01.2025, in: <https://ogy.de/67ff> [14.04.2026].
- 9 Ferragamo, Mariel / Klobucista, Claire 2025: Fentanyl and the U.S. Opioid Epidemic, Council on Foreign Relations, 30.10.2025, in: <https://ogy.de/008x> [11.05.2026].
- 10 Baldor, Lolita C. 2024: Should women be allowed to fight on the front lines? Trump's defense pick reignites the debate, AP News, 18.11.2024, in: <https://ogy.de/v2ih> [11.05.2026].
- 11 Bergengruen, Vera 2025: Trump's 'Donroe Doctrine' Aims to Dominate the Americas, The Wall Street Journal, 22.10.2025, in: <https://ogy.de/qt95> [14.04.2026].
- 12 Defense Priorities Foundation 2026: Americas First: A Shift to Hemispheric Defense, 10.02.2026, in: <https://ogy.de/dk9r> [14.04.2026].
- 13 de Bolle, Monica 2026: Trump's latter day Monroe Doctrine is aimed at China, PIIE, 17.02.2026, in: <https://ogy.de/yac8> [14.04.2026].
- 14 Berg, Ryan C. 2025: This Trump Administration Is Shaping Up to Be Latin America-First, Foreign Policy, 08.01.2025, in: <https://ogy.de/u8q5> [14.04.2026].
- 15 The Economist 2026: Marco Rubio, the chameleon in the war room, 23.03.2026, in: <https://ogy.de/fy9z> [14.04.2026].
- 16 Wong, Edward / Crowley, Michael 2026: Trump and Rubio's Vision of War: The Art of Destroy and Deal, The New York Times, 14.03.2026, in: <https://ogy.de/oj2w> [14.04.2026].
- 17 Rodriguez, Sabrina 2020: How Marco Rubio runs Trump's Latin America policy, Politico, 08.03.2020, in: <https://ogy.de/6ohs> [14.04.2026].
- 18 Gramer, Robbie et al. 2026: Rubio Has Long Dreamed of Changing Latin America. Embracing MAGA Opened the Door., The Wall Street Journal, 07.01.2026, in: <https://ogy.de/7ewk> [11.05.2026].
- 19 National Public Radio 2019: Venezuelan Political Crisis Is Destabilizing Surrounding Region, Sen. Rubio Says, 05.02.2019, in: <https://ogy.de/42xd> [14.04.2026].
- 20 The Guardian 2026: Trump predicts he will have 'honour of taking Cuba' amid power blackout, 17.03.2026, in: <https://ogy.de/b0hb> [11.05.2026].